

## Spendenauf Ruf Keine-A39

Der Bau von Autobahnen ist ein Anachronismus – gleich aus welcher Perspektive man ihn betrachtet. Der geplante Neubau der A39 widerspricht den deutschen Klimaschutzziele, zerstört Naturräume sowie wertvolle landwirtschaftliche Fläche und setzt völlig falsche Prioritäten bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur.

Die A39 wäre die dritte Nord-Süd-Autobahnverbindung zwischen der im Bau befindlichen A14 und der A7. Gleichzeitig hat Deutschland einen massiven Sanierungsstau bei seinen Straßen. Allein in Niedersachsen sind 433 Brücken bzw. Teilbauwerke an Bundesfernstraßen baufällig. 226 Teilbauwerke an Autobahnbrücken müssen bis 2035 ersetzt werden.

Statt dafür zu sorgen, dass die bestehenden Verkehrswege befahrbar bleiben, will der Verkehrsminister das begrenzte Budget – der Finanzminister will die Schuldenbremse einhalten – für den Bau neuer Autobahnen umschichten. Wurde 2004 für die A39 noch mit Kosten von 437 Mio. Euro gerechnet, erwartete der Bund im vergangenen Jahr Aufwendungen von bis zu 2 Mrd. Euro.

Seit über 20 Jahren verhindern Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen den Bau der A39 – durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, politisches Engagement, aber vor allem durch erfolgreiche Klagen vor Gericht. Und auch einen Planfeststellungsbeschluss für die A39 haben BUND und Bürgerinitiativen beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig 2019 erfolgreich zu Fall gebracht.

Jetzt liegt der Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt 7 der A39 auf dem Tisch und der Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt 1 auf dem Gebiet der Stadt Lüneburg wird für das Jahresende erwartet. Und es gibt reichlich Themen, die in Lüneburg beklagt werden können: Fledermäuse im Lüner Holz, Goldammern an der Apfelallee in Alt-Hagen, Bauarbeiten im FFH-Gebiet Ilmenautal zerstören Lebensräume von Zauneidechse und Haubenlerche, das fehlende Umleitungskonzept im Bereich des Stadtgebiets Lüneburg etc. Zudem lassen die extremen ökologischen Raumwiderstände in den anderen Bauabschnitten offen, ob die A39 hier weiter gebaut werden kann.

Diese Argumente kann der BUND vor Gericht nur geltend machen, wenn wir die Kosten für den Rechtsanwalt Rüdiger Nebelsieck aufbringen können. Er ist mit dem Projekt A39 seit 20 Jahren vertraut und hat den BUND auch bei seiner erfolgreichen Klage gegen die A39 im Jahr 2019 vertreten.

Um mit Aussicht auf Erfolg klagen zu können, benötigen wir einen mittleren fünfstelligen Betrag. Wir brauchen Ihre Unterstützung! Jede Spende hilft uns.

Bitte überweisen Sie auf folgendes Konto mit dem Betreff „**Keine A39**“:

**BUND-Kreisgruppe Gifhorn**  
**IBAN: DE85 2695 1311 0161 2739 58 (Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg)**  
**BIC: NOLADE21GFW**

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt benötigen, geben Sie bitte auf der Überweisung Ihre vollständige postalische Adresse an.